JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 42	4. Juli 1919	ו' תמוז תרע"ט	Preis 30 Cts.

Vertrag über Polen.

Paris, 1. Juli. (Havas. Mitteilung an die Presse.) Zwischen den Vereinigten Staaten, Grossbritanien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen anderseits wurde anlässlich der Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängigen Staat und der Zuteilung von Gebieten des ehemaligen deutschen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, durch welchen Polen diese Gebiete zugesprochen werden. Im ersten Abschnitt des Vertrages verpflichtet sich Polen, *allen Bewohnern vollen Schutz für Leben und Freiheit* zu gewähren. Alle Einwohner Polens werden das Recht haben, jeden Glauben, jedwede Religion, jedwedes Bekenntnis auszuüben, dessen Praxis nicht mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten in Widerspruch steht. Polen anerkennt als polnische Staatsangehörige die bisherigen deutschen, österreichischen, ungarischen und russischen Staatsangehörigen in Polen, indes unter dem Vorbehalt jener Bestimmung der Friedensverträge mit Deutschland und Oesterreich über die Staatsangehörigen, die nach einem bestimmten Datum auf dem Gebiet Wohnsitz genommen haben. Immerhin können die oben erwähnten Personen, wenn sie mehr als 18 Jahre alt sind, unter den vorgesehenen Umständen eine andere Nationalität wählen. In den Gegenden, wo zahlreiche polnische Staatsbürger wohnen, deren Muttersprache nicht die polnische ist, werden ihnen Erleichterungen in den Primarschulen zugestanden werden, um ihnen den Unterricht in ihrer Sprache zu sichern; aber die Erlernung der polnischen Sprache wird obligatorisch sein. *Diese Bestimmungen werden unter die Garantie des Völkerbundes gestellt. Der ständige Schiedsgerichtshof wird über die Differenzen entscheiden.*

Dazu berichtet ergänzend der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung": Der Vertrag mit Polen ist soeben publiziert worden. Der erste Abschnitt gewährleistet die Rechte ethnischen, religiösen und linguistischen Minoritäten durch den Völkerbund. Ein Begleitschreiben an Paderewski erläutert, dass die Mächte die Souveränität des neuen Staates in keiner Weise beschränken wollen. *Aber der Schutz der Minoritäten durch die Gesellschaft der Nationen bildet ein neues internationales Recht.* Die Umstände und nicht das Misstrauen gegen die Regierungen der neu geschaffenen jungen Staaten haben die Mächte dazu bestimmt, *den Schutz der Minoritäten im Interesse des allgemeinen Friedens sicherzustellen.* Artikel 7 und 8 statuieren die Gleichheit aller polnischen Bürger vor dem Gesetz, *mit Einschluss der Juden.* Artikel 9 ordnet den Unterricht in den Sprachen der Minoritäten an, indem er gleichzeitig gestattet, das Polnische für obligatorisch zu erklären. *Die jüdischen Schulen werden bei der Verteilung der Schulfonds geschützt.*

— Der Rat der Vier empfing den Generalbevollmächtigten Polens, Paderewski, zur Unterzeichnung einer Urkunde, durch die Polen verpflichtet wird, auf seinem Gebiete die Gleichheit der Konfessionen durchzuführen sowohl in Bezug auf die Ausübung des religiösen Kultus wie des Unterrichts. Es handelt sich um den Schutz der Israeliten, dessen Garantie von Wilson verlangt worden ist angesichts der von der gegenwärtigen polnischen Regierung bekundeten antisemitischen Politik, insbesondere weil Paderewski selbst als fanatischer Antisemit bekannt ist. („Frankfurter Ztg.")

Förderung der polnisch-rumänischen Judenpolitik durch Frankreich?

Der Pariser Korrespondent der „Morning Post" meldet, dass Clemenceau und die französischen Diplomaten im allgemeinen ihre volle Aufmerksamkeit dem polnisch-rumänischen Protest gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages, welche den Schutz der Juden durch den Völkerbund vorsehen, schenken. Frankreich befürchte, falls die Juden die Intervention des Völkerbundes anrufen würden, die Deutschen im Elsass das gleiche tun würden. Der polnische Widerstand gegen die Sicherstellung der jüdischen nationalen Rechte durch den Friedensvertrag wird, nach Mitteilungen des Korrespondenten, immer heftiger.

Rede Masaryks bei einem jüdischen Festkonzerte.

Anlässlich der Anerkennung der nationalen Rechte des jüdischen Volkes durch die Friedenskonferenz veranstaltete am 21. Juni die „Lese- und Redehalle jüdischer Hochschüler" in Prag ein Festkonzert, zu dem Präsident Masaryk und der englische Gesandte Cecil Gosling erschienen. Auf die Begrüssungsreden der Herren Lebenhart und Dr. Singer antwortete Präsident *Masaryk:*

„Beide Herren haben in ihren Reden auf mein Verhältnis zur zionistischen und nationaljüdischen Bewegung Bezug genommen. Sie wissen, meine Herren, dass ich auf das moralische Moment in dieser Bewegung das grösste Gewicht lege. Ich kann Ihnen heute nur wiederholen, dass sich in diesem meinem Verhältnisse zum nationalen Judentum nichts geändert hat. Ich kann nicht einsehen, warum in unserem Staate, in dem schon so viele Nationen leben, uns die jüdische Nation irgendwie hinderlich sein könnte. Ich kann Ihnen versichern, dass ich, wenn ich auf Grund der Verfassung die Möglichkeit dazu haben werde, meine Anschauungen auch auf dem politischen Gebiet ins Praktische umsetzen werde. Auf mich können sie immer rechnen!"

Der englische Gesandte erwiderte in läng.rer englischer Rede, indem er insbesondere auf die wärmsten Sympathien hinwies, deren sich die zionistische und nationaljüdische Bewegung in England erfreut, einen historischen Ueberblick über die schon sehr lange zurückreichenden philozionistischen Bemühungen in England gab und von den hervorragendsten englischen Juden, die sich um das jüdische Volk verdient gemacht haben, insbesondere Sir Moses Montefiore, Lord Reading und den Minister Herbert Samuel erwähnte. Er gab zum Schluss der Ueberzeugung Ausdruck, dass Palästina unter der Aegide Grossbritanniens sich zu einem blühenden jüdischen Gemeinwesen entwickeln werde.

Hierauf nahm Präsident Masaryk gleich dem englischen Gesandten die Vorstellung der erschienenen jüdischen Vertreter entgegen.

Nach einer hebräischen Ansprache des Herrn Dr. Lieben und einer tschechischen des Herrn Dr. Raudnitzky in Vertretung der Lese- und Redehalle in dem dicht gefüllten Rudolfinum-Saale wurde die *jüdische Hymne* (Hatikwah) gespielt, die ebenso wie die tschechische und englische Hymne von dem Präsidenten, dem Gesandten und dem Publikum stehend angehört wurde.

Weitere Judenexzesse in Polen.

Wir erhielten folgendes Telegramm: „Wien, 1. Juli. Trotz des Befehles des General Haller dauern die Judenexzesse fort. Am 15. Juni veranstalteten Haller'sche Soldaten in *Kielce* und *Zyrardow* zusammen mit Zivilisten Exzesse und plünderten jüdische Geschäfte. Am 16. Juni veranstalteten Warschauer Militärabteilungen in *Kikol, Lipiner Bezirk* (Ort im Telegramm verstümmelt) grössere Ausschreitungen. Auf Intervention des dortigen Rabbiners wurde eine Untersuchung eingeleitet und das Kriegsministerium vom Vorfall telegraphisch verständigt. Am 19. Juni fanden in *Nowy Dwor* grössere Ausschreitungen seitens Haller'scher Truppen und Marinesoldaten statt. Am 16. Juni bereisten die nationaldemokratischen Landtagsabgeordneten Piotrowski und Kaminski den *Grabower* Bezirk und hetzten die Bauernschaft in den Wählerversammlungen gegen die Juden auf. In *Ostrowiec* wurden auf Antrag der polnischen Sozialisten 20 jüdische Arbeiter aus dem Arbeiterrat ausgeschlossen. gez. Jüdischer Nationalrat für Ostgalizien."

Neue Pogrome in Lemberg.

Lemberg, 29. Juni. Das „Lemberger Tagblatt" meldet: Seit drei Tagen wüten in Lemberg neue heftige Exzesse gegen die Juden. Geschäfte werden ausgeraubt, jüdische Passanten werden überfallen und ihnen die Bärte ausgerissen oder abgeschnitten. Besonders am Bahnhof werden die Juden beschimpft und geprügelt. Einem Juden wurde am Bahnhof beim Bartabschneiden ein Stück Fleisch herausgeschnitten, worauf der Täter noch 20 Kronen „zur Belohnung für die Mühe" verlangte. Die Behörden stehen dem Treiben ganz passiv gegenüber und ergreifen keine Massnahmen zum Schutz der Juden.

Die amerikanische Pogromkommission.

Dem „Moment" wird aus Paris gemeldet, dass die jüdischen Vertreter bei der Friedenskonferenz verlangen, es sollen der von Wilson nach Polen zu entsendenden Pogromausforschungskommission auch Juden angehören. Es müssen dies Personen sein, die in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht grosses Vertrauen bei den Amerikanern geniessen. Es wird deshalb vorgeschlagen, dass an dieser Kommission teilnehmen sollen: Henry *Morgenthau*, Louis *Brandeis* und Nathan *Strauss*. Wie es heisst, soll Expräsident *Taft* Vorsitzender dieser Kommission werden. (Wir verweisen auf unsere in No. 41 der „Jüdischen Presszentrale Zürich" gebrachte Meldung, wonach *Morgenthau* der Vorsitzende dieser Kommission werden soll.)

Note der Alliierten wegen der Pogrome an die polnische Regierung.

Dem Warschauer „Moment" wird aus London unter dem 18. Juni gemeldet, demnächst werde der polnischen Regierung ein scharfes Memorandum überreicht werden, in welchem befohlen wird, alle Mittel anzuwenden, um sofort die Judenpogrome in Polen abzustellen. Im Memorandum wird auch erklärt, dass eine Untersuchung über die bisherigen Pogrome, speziell über die in Lemberg, Pinsk und Wilna vom Völkerbund durchgeführt werden wird.

Der Warschauer englische Gesandte versucht die Pogrome zu vertuschen.

Mit der Bitte um Weitergabe nach Paris erhielten wir vom Jüdischen Nationalrat für Ostgalizien folgendes Telegramm: „Wien, 27. Juni. Polnische Telegraphen-Agentur publiziert ein Interview des englischen Gesandten in Warschau, *Wyndham*, mit dem Mitarbeiter des „Kuryer Polski", worin Wyndham u. a. erklärt: Zuletzt halfen wir der polnischen Regierung bei Beleuchtung der Wahrheit bezüglich der antijüdischen Exzesse, die bei uns den schlechtesten Eindruck machen. Diese Nachrichten trugen hauptsächlich dazu bei, dass sich manchmal polenfeindliche Stimmen erheben. Wir bestreben uns, in den unseren Regierungen übermittelten Relationen, diese Sache nach sorgfältiger Ausforschung durch unsere Delegation, wie am genauesten darzustellen. Wir sind dessen sicher, dass wir alle übertriebenen, im Auslande kolportierten Nachrichten, Lügen strafen werden."

New-Yorker Polen inszenieren einen Judenboykott.

Der amerikanische Korrespondent der „Jüd. Presszentrale Zürich“ berichtet:

Als Antwort auf die eindrucksvolle Protestkundgebung der amerikanischen Judenheit gegen die polnischen Pogrome, eröffneten die Polen New-Yorks und anderer amerikanischen Staaten einen offenen Krieg gegen die dortigen Juden. Polnische Geistliche predigen in den Kirchen, dass jüdische Geschäfte boykottiert werden müssen. Polen, die bei Juden arbeiten, müssen ihre Stellen aufgeben. Es wurde auch ein Kontrolldienst in gewissen Gegenden eingerichtet, wo man den Polen, die in einem jüdischen Geschäfte etwas kaufen, auf der Strasse die Waren abnimmt und vernichtet. Kinder, die zur Bewachung aufgestellt werden, bewerfen jeden Polen, der ein jüdisches Geschäft besucht, mit Steinen. Es ist so weit gekommen, dass das New-Yorker Verteidigungs-Komitee für die Juden in Polen, eine besondere Abteilung eröffnet hat, die sich mit diesem Boykott beschäftigen soll und alle diejenigen, die zu diesem Boykott aufhetzen, vor Gericht zu bringen hat. Es wird auch erzählt, dass ein polnischer Geistlicher in seiner Predigt die Polen aufgefordert hat, bei Juden Waren auf Kredit einzukaufen und sie dann nicht zu bezahlen. Es ist ein Glück für die Juden, dass in Amerika ein besonderes Gesetz jeden Boykott für ungesetzlich erklärt. Jeder Boykott wird als Verschwörung betrachtet und strenge bestraft. Wir benötigen also jetzt keine anderen Schutzmittel und brauchen uns blos auf das amerikanische Gesetz zu berufen. Man muss nur dafür sorgen, dass die Sache vor die Gerichte kommt und dass die amerikanischen Gerichte die Polen erinnern, *wo und in welchem Lande sie sich befinden.*

Die Ressortteilung des Zionistischen Zentralbureaus.

Das Zentralbureau der zionistischen Weltorganisation, das bekanntlich seit Februar nach London übersiedelt ist, hat folgende Ressortteilung durchgeführt:

Es wurde ein zentrales *Palästinaamt* für alle Fragen der Kolonisation geschaffen. An der Spitze des Palästinaressorts steht *Julius Simon*, dem eine Reihe von Sekretären und Fachmännern zur Seite stehen. Das *Finanzreferat* ruht in den Händen von *Boris Goldberg*, der sich nunmehr der zionistischen Arbeit ganz widmen wird. Das *Organisationsressort* leitet das Mitglied des Engeren Aktionskomitees Dr. *Jacobsohn* mit Unterstützung des russischen Zionisten *Alejnikow* (Sekretär *Leo Herrmann),* während die Leitung des *Kultusressorts* dem E. A. C.-Mitglied Dr. *Sch. Levin* übertragen wurde, dem Dr. *Hugo Bergmann* (Prag) und *Sch. Günzberg* (ein Sohn Achad Haams) beigegeben wurden. Auch die russischen Zionisten *J. L. Goldberg*, *H. Zlatopolski* und *J. Neiditsch* stellten sich restlos in den Dienst des Zionismus.

Die Fortschritte der Zionisten.

Wie das Kopenhagener Zionistische Bureau meldet, schreibt der Spezialkorrespondent des „Daily Telegraph“, Percival Landon: Es ist interessant, festzustellen, dass die Zionisten mit ihren Plänen betreffend die künftige Entwicklung Palästinas grosse Fortschritte machten. Das Gedeihen des künftigen jüdischen Staates wird zum grossen Teile davon abhängen, welche Grenzen dem jungen Staate im Norden gezogen werden, aber man ist schon jetzt mit den Plänen für die Wiederbevölkerung und Wiederaufrichtung Palästinas beschäftigt. Was die jüdischen Führer Dr. Weizmann und Prof. Frankfurter bereits erreicht haben, geht beträchtlich über das hinaus, was gegenwärtig in Angriff genommen werden kann.

An dem Versuche des Wiederaufbaues Palästinas ist die ganze Welt interessiert; er hat den fast allein dastehenden Vorteil, dass er das einzige Projekt vor der Friedeskonferenz ist, das ohne Verkleinerung des Reichtums oder Gedeihens irgend einer anderen Nation voll erfüllt werden kann. Die intensivste Kultivierung des Landes ist die fundamentale Bedingung des gegenwärtigen Planes, die nötigen Menschen und Geld sind ohne Schwierigkeiten zu beschaffen. Von führenden Zionisten wird als Vorbedingung für die Arbeit die Uebertragung des Mandats für Palästina an Grossbritannien betrachtet, was als ein Kompliment für die britische Verwaltung, dem sich die übrige Welt anschliessen wird, angesehen werden kann.

Jüdisch-nationales Leben in Sibirien.

Die politischen Ereignisse in Russland während der letzten Phasen der Revolution haben das jüdische Leben nicht nur im eigentlichen Russland, welches sich nun unter der Regierung der Bolschewiki befindet, sondern anch das Leben der sibirischen Juden stark beeinflusst. Sibirien und die Uralprovinzen sind heute von Russland und vom jüdischen Leben abgetrennt und entwickeln sich ganz unabhängig und in eigener Richtung. Der Strom von Flüchtlingen, die durch den Krieg von den westlichen Gegenden des Reiches nach Zentral- und Ostrussland getrieben wurden, brachte viel neues Leben und neue Tätigkeit in diese Gemeinden, die jetzt auf demokratischer Grundlage reorganisiert werden.

Die Entwicklung der zionistischen Bewegung und des kommunalen Lebens in Sibirien und in den Ural-Distrikten zwang die sibirischen Juden, an Stelle der zentralen jüdischen Institutionen, die sich sämtlich in Moskau und Petrograd befanden, provisorisch zentrale Distrikt-Organisationen zu schaffen, die ihre Autorität über das ganze Territorium ausüben, das heute unter der Herrschaft der allrussischen Provisorischen Regierung, welche gegenwärtig ihren Sitz in Sibirien hat, steht.

Es gibt zwei Organisationen: 1. Ein Zentral-Komitee für die Zionistischen Organisationen Sibiriens und des Urals und 2. Eine Zentral-Organisation für alle jüdischen Gemeinden derselben Gebiete. Die Vertreter der reorganisierten Gemeinden, zusammen mit einigen Vertretern der politischen Parteien, bilden den Jüdisch-Sibirischen Nationalrat, der eine Exekutive von 5 Mitgliedern hat. Der Nationalrat ist die einzige kompetente Vertretung der Juden Sibiriens und der Uralgebiete und ist allein berechtigt, im Namen der Bevölkerung, die er vertritt, mit allen Regierungsinstitutionen und mit den jüdischen Gemeinden anderer Länder zu verhandeln. Die Mittel zur Unterhaltung des Rates und der Exekutive sind durch die kommunalen Räte aus den Erträgen einer einzuführenden Selbstbesteuerung zu gewähren.

Die einzige russisch-jüdische Wochenschrift erscheint in Irkutsk, und ist zionistisch.

Aus den neuesten Berichten aus Sibirien erfahren wir, dass die Arbeit für den Jüdischen Nationalfonds ausserordentlich erfolgreich weitergeht. Die für den Nationalfonds und den Präparationsfonds gesammelten Summen betragen 250.000 resp. 500 Tausend Rubel. (K. Z. B.)

Chronik.

Polen.

Ein Zirkularschreiben des polnischen Ministeriums des Innern.

Das Ministerium des Innern teilt mit, dass es an alle Kreisregierungskommissare und Vorstände der kommunalen Polizei ein Zirkular folgenden Inhaltes geschickt hat: „Da sich die Klagen mehren, dass Judenexzesse durch des Militär veranstaltet werden, und sich die Sicherheitsorgane dagegen gleichgültig verhalten, befehle ich, die strengsten Verordnungen zu erlassen, dass die Funktionäre des öffentlichen Sicherheitsdienstes mit voller Energie gegen diese Art von Exzessen auftreten und die Veranstalter derselben dem nächsten Platzkommando übergeben werden. Die der Untätigkeit Schuldigen werden strengstens bestraft werden.

Ein Aufruf der demokratischen polnischen Parteien in der Judenfrage.

Warschau. Die Vereinigung der demokratischen polnischen Parteien erliess einen Aufruf in der Judenfrage, der zwar an vielen Stellen die Lage tendenziös beleuchtet, jedoch Töne anschlägt, welche von dem üblichen intransigenten Standpunkt der Polen abstechen. So wird es als Pflicht der polnischen Regierung bezeichnet, „den Exzessen und der Pogromagitation kategorisch und mit aller Strenge entgegenzutreten und eine entsprechende Aufklärungsarbeit unter dem Militär zu leisten". Die polnischen nationalistischen Parteien „müssen aufhören, die jüdische Sache im Parteiinteresse auszunützen". Zum Schluss stellt der Aufruf fest, dass Polen die Judenfrage gleich den Fragen der anderen nationalen Minderheiten zur allgemeinen Zufriedenheit lösen werde. Hier werden zum ersten Male von polnischen Parteien die Juden als *nationale* Minderheit bezeichnet, was sicherlich einen ersten Schritt zur Verständigung beider auf einander angewiesenen Nationen bedeutet. (Wr. Morgenzeitung)

— Der Krakauer „Naprzód" schiebt die ganze Schuld an den Judenpogromen in Polen auf den bekannten Hetzer *Dmowski* und die Nationaldemokraten, die die polnischen Massen und die ganze polnische Oeffentlichkeit zu Judenpogromen aufgehetzt haben, um dadurch die schweren Fehler zu verdecken, die Polen in seiner Aussenpolitik begangen hat. „Dmowski wollte nicht, — schreibt die Zeitung weiter — oder konnte nicht mehr die antisemitische Hetze aufhalten, die er allein hervorgerufen und arrangiert hat. Der Schaden, den Polen dadurch in der ganzen internationalen Welt zu leiden hat, ist ungeheuer gross. *Die öffentlichen Anklagen der Juden gegen das polnische Volk sind in jeder Beziehung begründet.*"

— Auf einer Sitzung des Warschauer Stadtrates führte der nationaldemokratische Stadtrat Brzezinski bei Entschuldigung der Pogrome und antijüdischen Exzesse in Polen aus: In Amerika gestattet man den Negern nicht, in der Strassenbahn dieselben Abteilungen zu benützen wie die weisse Bevölkerung und das Lynchen von Negern ist dort eine häufige Erscheinung. „Dies ist es also, was die Nationaldemokraten von den westlichen Demokratien auf den polnischen Boden verpflanzen möchten", bemerkt dazu der Krakauer „Nowy Dziennik".

— Infolge der polnischen Judenpogrome und des von der Entente nicht gebilligten Vormarsches polnischer Truppen in Ostgalizien hat Amerika den Versand amerikanischer Lebensmittel nach Polen für einige Zeit eingestellt. Dadurch wurde eine scharfe Teuerung der polnischen Lebensmittelpreise, namentlich in den Grossstädten, hervorgerufen. Man schätzt den Ausfall, den Polen durch den neuntägigen Stillstand in der Belieferung amerikanischer Lebensmittel erfahren hat, auf etwa 900 Waggons zu 10 Tonnen netto. (I. T. B.)

Hoover gegen Polen.

Wie verlautet, hat der Präsident der amerikanischen Versorgungskommission Hoover dieser Tage eine amtliche Mitteilung an Paderewski ergehen lassen, in der gegen die ungerechte Verteilung der amerikanischen Lebensmittel in Polen Einspruch erhoben und angedroht wird, dass eine weitere Benachteiligung der Juden bei der Verteilung die unverzügliche Einstellung jeglicher Lebensmittelsendung und sonstiger Unterstützung aus Amerika zur Folge haben werde. (K. f. d. O.)

— In dem von der Jüdischen Delegation an der Friedenskonferenz veröffentlichten Memorandum wird im Kapitel „Polen" auf folgende Stelle, die im Organe Roman Dmowskis in London am 14. Juli 1918 erschienen ist, hingewiesen. „Das Land fordert vor allem, dass man es im Interesse des allgemeinen Wohlstandes von der ekelhaften Last der zwei Millionen Juden befreien soll. Diese Masse, die fortwährend sich selbst vergiftet, vergiftet anch die polnische Umgebung durch ihre unnatürliche Konzentrierung und ihre Gewohnheiten und Kleinhandel. (Jüdische Morgenpost.)

— Anknüpfend an die Cherem- (Bann) Verordnungen der verschiedenen Rabbinate gegen die Preistreiberei, wendet sich die Warschauer „Gazeta Polska" an die Geistlichkeit mit der Aufforderung, ihre ganze Autorität bei der Kaufmannschaft, die zum allergrössten Teile den verschiedensten christlichen und katholischen Genossenschaften angehört, einzusetzen, um einen Abbau der Preise zu erwirken.

Warschau. Die Einberufung einer allgemeinen Konferenz der jüdischen Kaufleute Polens wurde von der Regierung nicht gestattet mit der Begründung, dass eine Zusammenkunft der jüdischen Kaufleute derzeit unerwünscht ist.

— Die polnische Telegraphenagentur meldet aus Czernowitz, dass dort eine polnisch-rumänische Handelsgesellschaft gegründet worden ist, die das ausschliessliche Monopol für die Warenausfuhr nach Polen erhalten soll. Kapitalisten *anderer Nationalitäten* sind aus dieser Gesellschaft *ausgeschlossen.*

— Die Frankfurter Zeitung berichtet: Die Polen internierten in Posen sämtliche deutschen Rechtsanwälte jüdischer Konfession, ausserdem mehrere hervorragende Industrielle, so Dr. Kantorowicz.

Die Warschauer jüdische Presse vor Gericht.

Gegen die Redakteure der Warschauer jüdischen Zeitungen „Dos Judisze Folk", „Moment", „Hajnt", „Lebensfragen" und „Dziennik Nowy" wurde wegen der in diesen Zeitungen über die Pinsker Geschehnisse erschienenen Artikel ein Prozess angestrengt.

Konsequente Assimilation.

Warschau, 30. Juni. Einer der Wortführer der polnisch-jüdischen Assimilation, der Referent für jüdische Angelegenheiten (!) im polnischen Ministerium des Aeussern, Josef Wasserzug, hat sich, dem „Judiszen Folk" zufolge, dieser Tage taufen lassen.

— Nach Redaktionsschluss ist uns in rekommandierter Sendung eine grössere Anzahl von Nummern der seit Mai 1919 in Wilna erscheinenden unparteiisch-demokratischen Tageszeitung „Der Tog" zugekommen und werden wir von nun an auf Grund des regelmässigen Einlaufes erwähnter Zeitung im Stande sein, bei unserer Berichterstattung aus Litauen und speziell Wilna uns auf authentische Quellen stützen zu können.

Galizien.

Botschafter Gibson in Lemberg.

Der amerikanische Botschafter in Warschau, H. Gibson, ist in Begleitung des Vorstehers der amerikanisch-jüdischen Lebensmittelkommission, Dr. Bogen, in Lemberg eingetroffen. Der Zweck dieses Besuches ist das Studium der örtlichen Verhältnisse dieser Stadt. Der Botschafter besuchte unter anderem auch das jüdische Rettungskomitee in Lemberg, wo ihm seitens einiger Mitglieder desselben die gewünschten Informationen erteilt wurden.

Wer ist schuldig?

Die nichtjüdische „Gazeta Polska" meldet in einer Korrespondenz aus Galizien: „Kuryer Krakowski", „Lud Katolicki" und „Piast" (Organ von Witos), dieselben Zeitungen, die monatelang die schlimmste antisemitische Hetze getrieben haben, schlagen jetzt, zusammen mit der klerikalen Presse, grossen Lärm wegen der Unruhen in Mittelgalizien. Die verschiedenen Meldungen über „Jüdische Bolschewisten", „Attentate in Krakau", „Geheime Lager von Gewehren" und dergleichen mussten die Massen zu Leichtgläubigkeit und Roheit führen. Ausserdem haben wir reine „Maulagitation" getrieben. Auf allen Meetings wurden Einschränkungen für die Juden und die andern nationalen Minderheiten gefordert, und man agitierte, dass nur Polen das Wahlrecht zum Landtag besitzen sollen, — selbstverständlich musste dadurch der Hass gegen die Juden, in Verbindung mit der derzeit herrschenden Teuerung, wachsen. Der Korrespondent weist weiter nach, dass an allen Orten, wo die Parteigänger von Witos gewählt worden sind, Unruhen vorkamen, da man dort nichts getan habe, um dem Hunger der Bauern abzuhelfen und man diese blos mit Aufhetzung gegen die Juden gespeist habe.

— Der 22jährige Jan Cudz, der während des Pogroms in Kolbuszowa den Juden Kirschenbaum erschlagen hatte, wurde in Rzeszow standrechtlich erschossen,

— Laut in Wien eingetroffenen Meldungen stellen die Ukrainer die jüdischen Assimilanten in den einzelnen, bei ihrer jetzigen Offensive wiedereroberten Städten Ostgaliziens, vor ein Kriegsgericht, weil diese eine Adresse an die Friedenskonferenz unterschrieben haben, dass Ostgalizien zur polnischen Republik gehören soll. Es heisst auch, dass einige Assimilanten bereits erschossen worden sind. Jüd. Morgenpost.

Das Moratorium für Galizien verlängert.

Warschau, 30. Juni. Die juridische Kommission des polnischen Landtages hat beschlossen, die Stundung privatrechtlicher Forderungen für Galizien bis zum 31. Dezember l. J. zu verlängern.

Tschecho-slovakischer Staat.

Tschechische Nationalversammlung.

Im Verlaufe der Budgetdebatte erklärte der Vorsitzende des Klubs der nationalen Sozialisten, Slaviczek u. a.: Statt der Syndikate würde ich alle Juden in der Provinz heranziehen, damit sie für die Republik arbeiten, denn sie haben die Praxis und würden mehr leisten als die Syndikate. (Lärm und Widerspruch.) Slaviczek: Denken Sie darüber, wie Sie wollen. Ich habe meine Erfahrungen. Vor einer jüdischen Irredenta brauchen wir uns nicht zu fürchten, wenn wir den Juden die Möglichkeit geben, sich auf dem Boden der Republik zu betätigen.

Nach dem Abgeordneten Dedic sprach der Vertreter der Volkspartei, Dr. *Mazanec,* der sich mit den Verhältnissen in den einzelnen Industriezweigen beschäftigte und auf die Rede Slaviczeks reflektierte. Ich bin dafür, sagte er, dass unsere Leute den Juden das Gute abgucken und dann selbst die Arbeit übernehmen. Bezüglich der Minderheiten müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, dass alle, die für den Staat fühlen, die volle Gleichberechtigung haben müssen.

Prager Stadtrat.

Prag, 1. Juli. Das Tschechische Press-Büro berichtet, dass in Prag zu Stadträten 10 Nationaldemokraten, 7 Sozialdemokraten, 8 Nationalsozialisten, 2 Deutsche, je ein *Nationaljude,* Katholischnationaler und Gewerbeparteiler gewählt wurden. — Es mutet wirklich wie der Anbruch einer neuen Zeit an, wenn man bedenkt, dass in Wien durch Jahrzehnte der Stadtrat ausschliesslich von den Christlichsozialen beherrscht wurde und weder ein Deutsch-Freiheitlicher, geschweige denn ein Jude, noch ein Sozialdemokrat dem Stadtrate angehören durfte. Wenn Prag, wo der Nationalitätenkampf in Böhmen wohl der schärfste in ganz Europa gewesen ist, Deutschen und auch Nationaljuden gleich von aller Anfang an die ihnen gebührende Vertretung im Stadtrate gewährt, so kann man vielleicht doch hoffen, dass unter den Schauern der Jetztzeit ein neuer Völkerfrühling, bei gegenseitigem Verständnis und Berücksichtigung der einzelnen Nationen, anbrechen wird.

Rumänien.

Zum rumänischen Judenproblem.

Die uns jetzt vorliegenden jüdischen Zeitungen aus Rumänien bestätigen die Richtigkeit der von uns in Nr. 37. der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ geäusserten Zweifel an der Zuverlässigkeit des vom Rum. Pressbüro gemeldeten Einverständnisses der jüdischen Zeitungen mit der durch das neue Dekret vorgenommenen Lösung der Judenfrage. Wenn auch im allgemeinen ein gewisser Fortschritt gegenüber dem früheren Dekret zugegeben wird, weshalb die Juden aufgefordert werden, die zur Einbürgerung nötigen Schritte zu unternehmen, wobei man allerdings schon jetzt eine gewisse passive Resistenz der Beamtenschaft feststellen kann, so unterlassen doch nicht die jüdischen Zeitungen und die Union der eingeborenen Juden darauf hinzuweisen, dass sie in ihrem Kampfe für die vollständige Gleichberechtigung und Gleichstellung der Juden in Rumänien nicht erlahmen werden, bis endlich dieses Thema von der Tagesordnung verschwinden wird. Viele, diese Frage behandelnde Zeitungsartikel weisen Zensurlücken auf.

Die „erniedrigende“ Forderung.

Ministerpräsident Bratianu erklärte dem Pariser Korrespondenten des „Secolo“ u. a.: Rumänien hätte sich demnach die Kriegsopfer ersparen können und sei nur auf schweres Drängen der Alliierten in den Krieg eingetreten. Nichtsdestoweniger verweigern die Alliierten Rumänien die ungeschmälerte Anerkennung seiner Rechte in bezug auf Transsylvanien, das Banat und Bessarabien und stellen es ausserdem unter eine *erniedrigende Vormundschaft, insbesondere hinsichtlich der Behandlung der Juden in Rumänien.*

— Die „Egalitate“ (Gleichheit) berichtet, dass in Bukarest auf allen jüdischen Häusern, die sich im jüdischen Viertel befinden, gewisse Zeichen angebracht worden sind, die anzeigen sollen, dass hier Juden wohnen. Da die Zensur diese Mitteilung durchgelassen hat, so dürfte an deren Richtigkeit kein Zweifel bestehen. Soll dies etwa eine Vorbereitung für künftige Pogrome sein?

— Der „Jewish Times“ wird aus Paris berichtet, dass im „Einklang“ mit der jüdischen Gleichberechtigung in Rumänien, von der Bukarester Polizei die vom Verein Erez Israel veranstalteten hebräischen Kurse inhibiert worden sind. Die Polizeipräfektur sammelt Informationen über die Komiteemitglieder dieses grossen Vereines. Die rumänische Zensur streicht auch regelmässig im offiziellen zionistischen Organ die hebräische Datierung.

Deutsch-Oesterreich.

Wiener Protestversammlung gegen die Judenverfolgungen.

Wien, 29. Juni. (Korrbureau) Vormittags fand eine vom jüdischen Hochschulausschuss einberufene, von vielen Tausenden besuchte Protestversammlung gegen die Judenverfolgungen, Massenmorde und Plünderungen in Polen und in der Ukraine statt. Nach Ausführungen des Oberrabbiners Chajes, der auf die verurteilende Stellungnahme der führenden Männer in den westlichen Kulturstaaten gegen die Pogrome verwies, verwahrte der ukrainische Gesandte Wassilko sich namens der ukrainischen Regierung dagegen, die Ukrainer, die sich niemals mit Pogromen befleckt hätten, mit den polnischen Pogromen in Zusammenhang zu bringen. Es wurde dann eine Denkschrift für die Verbandsvertretungen verlesen, in der die Kulturnationen Europas und Amerikas angerufen werden, um dem Morden und den Plünderungen ein Ende zu bereiten.

Frankreich.

Protestkundgebung der jüdischen Freiwilligen in Paris.

Die jüdischen Freiwilligen sandten folgenden Brief an den Präsidenten der Friedenskonferenz *Clemenceau* und an André *Tardieu:* „Erlaubt uns die Stimme der gewesenen jüdischen Freiwilligen zum Ausdruck zu bringen und gegen die Pogrome in Polen, die schon seit November andauern, zu protestieren. Laut unverdächtigen Zeugen nehmen diese in der letzten Zeit einen mehr und mehr erbitterten Charakter an und breiten sich jedesmal mehr aus. So haben sie jetzt Pinsk, Wilna, Lida und ganz Westgalizien mit Blut überschwemmt. Unter tausenden Juden, die sich bei Beginn des Krieges spontan gemeldet haben, den französischen Boden und das vergewaltigte Recht zu schützen, hat es auch viele Juden polnischer Abstammung gegeben. Hunderte von ihnen sind in den ersten Reihen des rühmlichsten Regimentes Frankreichs gefallen und haben durch ihr Opfer für die Befreiung derselben Polen gewirkt, die jetzt Pogrome auf ihre eigenen Brüder veranstalten. Viele unserer Mitkämpfer, die dem Tode auf dem Schlachtfelde entronnen sind, erfahren jetzt, dass ihre Brüder zwischen ihren Mitbürgern, die durch unsere Siege befreit worden sind, nicht desselben Glücks, mit dem Leben davonzukommen, teilhaftig wurden. Wir wissen, dass die Regierung der französischen Republik und auch die Friedenskonferenz Anteil nehmen an der Lage der Juden und wir zweifeln nicht an ihrem Willen auf die kompetenten Autoritäten einzuwirken, diesen Metzeleien Einhalt zu gebieten. Aus Respekt jedoch für unsere Toten wollen wir Sie ersuchen, Ihre Aktion zu beschleunigen und den von uns noch am Leben Gebliebenen noch einmal zu zeigen, dass sie sich tatsächlich der Fahne der Gerechtigkeit angeschlossen hatten, als sie sich im Jahre 1914 freiwillig an die Front gemeldet haben.“

England.

Der Trauertag in England.

Ueber den grandiosen Trauertag, der am 26. Juli in England zum Proteste gegen die polnischen Judenpogrome abgehalten wurde, berichtet unser Londoner Korrespondent: Der gestrige Trauertag war sicherlich einer der eindrucksvollsten Tage in der jüdischen Geschichte Englands. Schon Mittwoch Abend herrschte „Jom Kipur-Stimmung“ in allen jüdischen Gassen. Donnerstag sah es wirklich wie am Versöhnungstage aus. Alle jüdischen Geschäfte, Werkstätten und Fabriken waren geschlossen. Auch die jüdischen Zeitungen hatten ihr Erscheinen eingestellt. Niemand arbeitete und nie-

mand machte Geschäfte. Das Publikum besuchte in Massen die verschiedenen Protestmeetings in den Riesenhallen, wie auch die Synagogen. Prominente Juden wie Nichtjuden hielten bei den verschiedensten Versammlungen Ansprachen und erhoben flammenden Protest gegen die von den Polen veranstalteten Judenmetzeleien. Eine der eindruckvollsten Reden hielt der Chiefrabbi, der u. a. sagte: „Ebenso wie Deutschland, das erst dann in die Liga der Nationen aufgenommen werden soll, wenn es seine Verbrechen gutgemacht hat, soll auch Polen so lange nicht in den Bund der freien Völker aufgenommen werden, bis es Sicherheit gewährt, dass alle seine Bürger frei leben können." Am Demonstrationszug beteiligten sich gegen 50,000 Juden, die mit über 200 Fahnen durch die von der Polizei bezeichneten Strassen zogen. Ausserdem waren noch Zehntausende von Juden als Strassenzuschauer beteiligt. Alle Fahnen waren schwarz eingerollt. An der Spitze des Zuges wurde eine Fahne des nationalen Verbandes der demobilisierten Soldaten getragen, mit der Aufschrift: „Wir haben für alle kleinen Nationen gekämpft und wir protestieren gegen die Judenpogrome". Auch die jüdischen Kinder konnten an der Demonstration teilnehmen, da fast alle Schulen geschlossen waren. Die Beteiligung am Demonstrationszug war so gross, dass der Zug, nicht wie geplant an der „Queens Hall", sondern erst im Hyde Park aufgelöst werden konnte, wo ebenfalls ein grosses Meeting stattfand.

Der Trauertag und die Demonstration haben eine ausserordentlich starke Wirkung ausgeübt und waren der schärfste Ausdruck der Solidarität und des jüdischen Mitgefühls mit den leidenden Brüdern und Schwestern im Osten.

— Lord Robert *Cecil*, der englische Vertreter in der Kommission der Liga der Nationen, sandte an das, die Protestmeetings gegen die Pogrome veranstaltende Komitee, folgenden Brief: „Es tut mir sehr leid, dass meine dringenden Arbeiten mir nicht erlauben, bei der Demonstration am 26. d. M. teilzunehmen. Meine wärmste Sympatie ist Ihnen sicher und ich glaube, dass man in die Abmachungen, über die jetzt in Paris verhandelt wird, auch Bestimmungen aufnehmen wird, um das jüdische Volk gegen die Metzeleien und Beleidigungen, denen es so oft in Zentral- und Osteuropa ausgesetzt war, zu schützen. Es ist sicher, dass falls die Regierungen in jenen Weltteilen auch weiterhin die Achtung und die Unterstützung der westlichen Demokratien erhalten wollen, sie ein für alle Mal diesen gewaltigen Skandalen ein Ende bereiten müssen. gez.: Robert Cecil."

Im Namen des *Erzbischofs von York* wurde mitgeteilt, der Erzbischof sei überzeugt, dass die an der Macht Seienden sicher alles anwenden werden, um jede Gewalttat gegen die jüdische Bevölkerung in Polen zu verhindern. Unzählige ähnliche Zustimmungserklärungen liefen von den prominentesten nichtjüdischen Politikern Englands ein.

Türkei.

In Konstantinopel sind dieser Tage zahlreiche jüdische Familien aus Odessa angelangt, wohin sie sich vor den Bolschewisten geflüchtet haben. Der Chacham Baschi und Herr Aron Teitelbaum, Delegierter des amerikanischen Hilfskomitees, intervenierten bei den Vertretern der Alliierten in Konstantinopel zwecks Unterkunft und Ernährung dieser Flüchtlinge, deren Mehrheit vorläufig auf der Insel Prinkipo in der Umgebung Konstantinopels sich befindet.

Ein Blutmärchen in der Türkei.

Drei griechische Frauen in Tchorlou bei Adrianopel, beschuldigten die kleine jüdische Gemeinde dieser Stadt, ihren kleinen fünfjährigen Bruder Gregori zwecks Benötigung zum Passahfest, entführt und getötet zu haben. Ein angesehener Jude, namens Mercado und seine Frau Rebecca Behar Nissim wurden von einigen fanatischen griechischen Soldaten grausam gepeinigt und ins Gefängnis geworfen. Die griechische Bevölkerung bezeugte den Juden gegenüber eine drohende Haltung und überfel einige jüdische Häuser. Während der Nacht wurde eine Deputation nach Adrianopel gesandt und dank der energischen Intervention des Oberrabbiners telegraphierten der Gouverneur Colonel Samson, das Haupt der englischen Mission, und der griechische Metropolit den Behörden von Tchorlou, das Leben der Juden zu schützen. Nach zweitägigem Suchen, während welcher Zeit sich unsere Glaubensbrüder in grösstem Schrekken befanden, wurde der vermisste Knabe, der mit einigen Kameraden nach einem Nachbardorfe gegangen war, gesund und wohlbehalten aufgefunden. Die zwei angeklagten Personen wurden natürlich in Freiheit gesetzt, aber unglücklicherweise verlor Frau Nissim, infclge der ausgestandenen Tortur, den Verstand. Eine englische Mission wurde nach Tchorlou gesandt um Erkundigungen einzuziehen und die schuldigen Personen zu verhören.

(Jewish Chronicle.)

Amerika.

Jüdische Emigration.

Täglich wird es klarer, schreiben „The Day and the Wahrheit", dass für die Juden Russlands, Polens, Litauens, Rumäniens und sogar der Ukraine weder mit dem Unterschreiben des Friedens, noch sogar mit der Aufnahme von Garantien in die verschiedenen Friedensverträge, vollständige Hilfe kommen wird. Der Judenhass in Polen wird so rasch nicht schwinden und mag Paderewski es leugnen oder nicht, man wird dort stets Juden verfolgen, boykottieren und zur Emigration zwingen. Dasselbe wird wahrscheinlich auch in Rumänien und anderen Ländern der Fall sein. Ausserdem sind die Juden überall ökonomisch viel mehr als die übrige Bevölkerung ruiniert worden. Sie werden daher trachten, so rasch als möglich, auszuwandern. In grossen Massen wird man nur nach Amerika emigrieren können, da Palästina in den ersten Jahren nur Tausende von Juden aufnehmen kann. Wir müssen also beizeiten daran denken, in Amerika Vorbereitungen für diese Immigration zu treffen. Man beabsichtigt jetzt Amerika für die Einwanderung zu sperren; dagegen müssen wir ankämpfen. Wir werden bei diesem Kampfe gegen ein vollständiges Verbot der Einwanderung viele Mitkämpfer finden. Der Schrecken vor einer Krisis und Arbeitslosigkeit nach Friedensschluss ist geschwunden und man kann derzeit Amerika leichter überzeugen, dass ein Einwanderungsverbot ein Unglück für das Land bedeuten würde, abgesehen davon, dass es auch unmenschlich

ist. Wir haben also jetzt mehr Hoffnung mit unserem Verlangen durchzudringen und dürfen diese Aufgabe nicht vernachlässigen. Unsere Vorarbeiten und Vorbereitungen für die Aufnahme der zukünftigen jüdischen Einwanderer sind beinahe ebenso wichtig wie unsere Hilfe für die Brüder jenseits des Ozeans, welchen wir behilflich sein wollen in ihrer jetzigen Heimat zu bleiben und wieder selbständig zu werden.

Expräsident Taft und der Zionismus.

Dem Korrespondenten der „Jüdischen Morgenpost" gegenüber äusserte sich Expräsident Taft über den Zionismus: „Die zionistische Bewegung interessiert mich sehr. Die Erhaltung des jüdischen Volkes trotz aller Verfolgungen, die es während aller Zeiten auszustehen hatte, ist eine der merkwürdigsten Geschehnisse. Ich habe viele jüdische Freunde, die jedoch fast alle Reformjuden und Antizionisten sind. Ich bin unter ihnen vielleicht der einzige Zionist," fügte er lächelnd hinzu. Bezüglich der Einwendungen dieser Reformjuden gegen den Zionismus meinte Taft: „Sie befürchten hauptsächlich, man könnte sie verdächtigen, sie seien keine guten Amerikaner." Auf die Frage des Korrespondenten, ob Taft glaube, dass zwischen Zionismus und Amerikanismus kein Widerspruch bestehe, oder mit andern Worten, dass ein Jude zugleich ein guter Zionist und ein guter Amerikaner sein könne, meinte der Expräsident: „Gewiss! Amerika besteht aus verschiedenen Nationalitäten. Eine jede von ihnen hat ihr nationales und geistiges Zentrum irgendwo anders und alle sind ausgezeichnete amerikanische Bürger. Der jetzige Krieg hat dies am besten bewiesen. Ich sehe nicht ein, weshalb die Juden nicht in Palästina ihr nationales Zentrum haben soll, umsomehr, als die jüdische Rasse vielleicht die stärkste aller Rassen ist."

— Die Redakteure und Journalisten aller jüdischen Zeitungen New Yorks haben zufolge Lohnforderungen beschlossen, in einen Streik zu treten. Die Herausgeber haben mit den Führern der Bewegung Verhandlungen eingeleitet.

Palästina.

Die Wahlen für das Jüdische Reich.

Unter diesem merkwürdigen Titel berichtet die „Deutsche Allg. Ztg.":

Amsterdam, 29. Juni. Dem „Allgemeenen Handelsblad" wird aus Jerusalem gemeldet, dass die Wahlen für die jüdische gesetzgebende Versammlung auf den 10. Juli festgesetzt wurden. Die Frauen werden das aktive und passive Wahlrecht haben. Ein Teil der orthodoxen Juden wird sich deshalb an den Wahlen nicht beteiligen.

Chaluzim in Palästina.

Die erste grössere Gruppe von 105 Chaluzim aus Polen ist in Palästina eingetroffen. Sie haben in einer feierlichen Demonstration ihre Fahne zu dem Hapoel Hazair-Heim nach Nachlath Benjamin gebracht, und so auch demonstrativ den Zusammenhang zwischen dem Hechaluz und dem Hapoel Hazair bekundet. Von den 105 Chaluzim haben sich 101 sofort in die Listen des Hapoel Hazair eingetragen.

Eine Million Einwohner in Jerusalem

Der Jerusalemer Korrespondent des „Daily Express" schreibt, dass die Fortschritte und Reformen, die in der heiligen Stadt eingeführt worden sind, bereits Früchte zu tragen beginnen. Die Bevölkerung Jerusalems, von der vor dem Kriege vier Fünftel von Almosen lebten, beginnt sich schon aus eigenem Verdienste zu ernähren, die sie in den Industrien findet, an deren Aufbau die englische Regierung werktätigen Anteil nimmt. Mr. Ashby, der beauftragt ist, Palästina aufzubauen, will die Stadt durchaus nicht industrialisieren. Jerusalem war seit dem vierten Jahrhundert niemals ein industrielles Zentrum und soll es auch nie werden. Es wird nur soviel geplant, dass die Einwohner sich selbst sollen ernähren können. Laut den Plänen von Mr. Maclean, dem Stadtingenieur von Jerusalem, soll das neue Jerusalem so aufgebaut werden, dass es eine Million Einwohner aufnehmen kann.

Maschinenbau.

In Haifa ist die Gründung einer genossenschaftlichen Maschinenbauwerkstätte im Gange, welche von einer kleinen Gruppe tüchtiger Ingenieure geleitet wird. Das bescheidene Anfangskapital von 1000 Pfund Sterling ist durch ein Darlehen der A. P. C. gesichert und die Vorarbeiten werden bald aufgenommen werden.

Technikervereinigung.

In Jerusalem fand eine Versammlung der dortigen Ortsgruppe der Vereinigung der jüdischen Techniker Palästinas statt. Es wurde beschlossen, die vom Bezalel eingerichteten Abendkurse für Bauleiter und Bauzeichner tatkräftig zu fördern, da sich der Mangel an technisch geschulten Hilfskräften empfindlich fühlbar macht,

Presse.

— Die rumänische Zensur hat das Erscheinen des Organes der Poale Zion in der Bukowina „Neues Leben" verboten.

— In den Rumänien neu angegliederten Gebieten erscheinen folgende jüdische Zeitungen: In der Bukowina „Die ostjüdische Zeitung" und die hebräische „Hacherut" (national-jüdisch) und die sozialistischen „Freiheit" und „Neues Leben" und seit 1. Juni die „Hatchia" (hebräisch), in Siebenbürgen: Der „Uj-Kelet" (zionistisch).

— Der „Vereinigte Ausschuss Hapoel-Zeire Zion" hat beschlossen, eine gemeinsame jiddische Halbmonatszeitschrift herauszugeben. Sie soll sich vor allen Dingen damit beschäftigen, die Palästinaforderungen unter den jüdischen arbeitenden Massen des Ostens zu verbreiten und zugleich die Tribüne für die vollständige programmatische Einigung des Hapoel Hazair und der Zeire Zion sein.

— In Krakau erscheint seit kurzem unter dem Namen „Die Zeit" ein neues zionistisches Tageblatt in jiddischer Sprache.

— In Band 36, Heft I/II, der von Josef Kohler herausgegebenen „Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft" beginnt Dr. jur. *Marcus Cohn* in Basel mit der Veröffentlichung seiner Monographie über die *„Stellvertretung im jüdischen Recht"*. Das Werk gliedert sich in einen *allgemeinen*, einen *speziellen* und einen *geschichtlichen* Teil. Die vorliegende Arbeit umfasst neben einer grundlegenden Einleitung den ersten Abschnitt des allgemeinen Teils; der zweite Abschnitt wird im Herbst dieses Jahres in Heft III des genannten Bandes erscheinen.

Die Arbeit will eine *selbständige* Darstellung der so stark ausgeprägten jüdischen Vertretungslehre geben und geht davon aus, dass das jüdische Recht wie ein *geltendes* Recht behandelt werden darf und muss. Die Arbeit dürfte in jüdisch-wissenschaftlichen Kreisen, vor allem bei denen, die sich mit der Neubelebung des jüdischen Rechts beschäftigen, starkes Interesse hervorrufen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich